
TOP 21:

Entschließung des Bundesrates "Freien und fairen Außenhandel für Stahl sicherstellen"

- Antrag der Länder Saarland, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen -

Drucksache: 314/18

I. Zum Inhalt der Entschließung

Die antragstellenden Länder wollen mit ihrem Entschließungsantrag die Bundesregierung und die EU auffordern, den Rechtsrahmen für Maßnahmen gegen US-Importe sowie für Schutzmaßnahmen gegen umgeleitete Handelsströme bei Stahl und Aluminium auszuschöpfen. Außerdem soll die Bundesregierung gebeten werden, sich bei der Kommission dafür einzusetzen, dass Strategien erarbeitet werden, wie dem weltweit zunehmenden Protektionismus beim Außenhandel begegnet werden kann.

Dies ist aus Sicht der Antragsteller aufgrund der Einschränkung des freien Außenhandels durch die von den USA verhängten Zölle auf Stahl und Aluminium notwendig.

Zur Begründung wird ausgeführt, dass die Stahlbranche im Bereich des Außenhandels vor großen Herausforderungen steht. Dazu zählten neben massiven globalen Überkapazitäten und Dumpingpraktiken auch aktuelle protektionistische Bestrebungen, etwa durch die Verhängung von Zöllen. Darüber hinaus unterliege der Wirtschaftszweig Regulierungskosten in der EU, die in dieser Form weltweit so nicht zum Tragen kämen und damit dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen könnten.

II. Empfehlungen der Ausschüsse

Der **federführende Wirtschaftsausschuss** und der **Ausschuss für Fragen der Europäischen Union** empfehlen dem Bundesrat, die EntschlieÙung in einer aktualisierten Fassung anzunehmen, in der unter anderem die am 25. Juli 2018 erfolgte Verständigung des US-Präsidenten und des EU-Kommissionspräsidenten, den transatlantischen Außenhandel zu stärken und bestehende Handelshemmnisse abzubauen, begrüÙt wird.

Weitere Einzelheiten sind der **BR-Drucksache 314/1/18** zu entnehmen.